

Der Abbau der Kriegswirtschaft.

Eine Kundgebung des Hansabundes.

Berlin, 24. Septbr. (W. B.) Eine Kundgebung für den sofortigen Abbau der Kriegswirtschaft nach dem Frieden und für die Freiheit der Wirtschaft veranstaltete am Dienstag abend in der Philharmonie auf Veranlassung und unter Mitwirkung von 94 wirtschaftlichen Verbänden der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie.

Geh. Justizrat Prof. Nießer wies auf den Ernst und das Gebot der Stunde hin. Es sei des deutschen Volkes nicht würdig, nach vier Jahren unerhörter Leistungen unserer Kämpfer bei einem vorübergehenden Rückschlag an der Front die zurechtfindende Stimmung zu verlieren. Die neunte deutsche Kriegsanleihe müsse darum den überwältigenden Beweis liefern, daß die Heimat mehr denn je unerschütterlich vertraue auf Deutschlands siegreiche Verteidigung und die Behauptung seiner freien Wirtschaft nach dem Kriege. Das deutsche Volk müsse aber verlangen, daß sein harter Kampf nicht bauernd und in immer größerem Maße durch unzählige Verordnungen und Zwangsvorschriften unnötig erschwert werde.

Justizrat Dr. Waldschmit (Berlin) wies auf die Gefahr hin, die dem wirtschaftlichen Liberalismus daraus erwachse, daß sich die Forderungen der Sozialdemokratie, die Lehren der Staatssozialisten und gewisse Traditionen des altpreussischen Untertanenstaates zusammengefunden haben, um auch nach dem Kriege Zwangsorganisationen für die Beschaffung und die Verteilung von Rohstoffen, die Erzeugung und den Vertrieb von Fabrikaten zu schaffen. Er empfahl dringend, die Beschaffung und den Vertrieb von Rohstoffen sofort nach Friedensschluß dem freien Handel zu überlassen, da von den meisten genügende Mengen auf dem Weltmarkte vorhanden sein würden und die deutsche Währung nur durch Besserung der Handelsbilanz, durch Schifffahrt für ausländische Rechnung, durch Auslandsanleihen und private Kreditbeschaffung gebessert werden könne.

Reichstagsabgeordneter Kommerzienrat Stoebe führte aus: An Stelle der gefesselten Kriegswirtschaft muß so bald wie möglich die Freiheit treten, deren der Kaufmann bedarf. Wir können und werden den schweren Kampf, den wir nach dem Kriege durchkämpfen müssen, nur dann bestehen, wenn Gewerbe, Handel und Industrie die notwendige Lebenslust wieder erhalten. Diese Lebenslust heißt Freiheit!

In dem gleichen Sinn äußerte sich Reichstagsabgeordneter Stuhmann als Wortführer der freien Hansafäden und ihres Handels. Die Nöte des Handwerks schilderte Reichstagsabgeordneter Partschat.

Reichstagsabgeordneter Böhm (Berlin) betonte, daß in seiner Bevölkerungsgeschicht die heutige Zwangswirtschaft so verurteilt werde wie in der Landwirtschaft in der die Unlust zur Produktion zunehme. Die Freiheit der Betätigung werde nach dem Kriege um so nötiger sein, da der vielfach ausgelegene Boden und die ihres Inventars beraubten Wirtschaften wieder hergestellt werden müßten.

Im Namen der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände betonte Dr. Enke (Hamburg), daß auch die Angehörigen die freihändlerische Entwicklung des deutschen Handels als Vorbedingung zum Wiederaufbau unserer Weltgeltung wünschten. Auf die Dauer hindere die Kriegsorganisation den Aufstieg der Angestellten zur Selbständigkeit.

Schließlich erhob die Versammlung in einer Entschließung Einspruch gegen die Ausrüstung und Säufung von Regierungsmaßnahmen zur Regelung der Übergangswirtschaft, insbesondere gegen das Uebermaß von Organisationen, wie sie z. B. für die Textilbewirtschaftung vorgesehen sind, und gegen die Ermächtigung des Bundesrats zur Regelung der Übergangswirtschaft. Jeder einzelne staatliche Eingriff dürfe nur im Einvernehmen mit dem Reichstag und nach Anhörung der beteiligten Kreise getroffen werden. Die Entschließung widerspricht auch der Bildung neuer Gesellschaften für wirtschaftliche Maßnahmen, da die bestehenden ausreichen für die möglichst kurze Übergangszeit. Die bei Friedensschluß im Besitz der Kriegsgesellschaften befindlichen Rohstoffe würden zur kleinen, mittleren und stillgelegte Betriebe ausreichen. Die Entschließung erhebt Einspruch gegen die Gewährung von ausschließlichen Rechten an Personen oder Gesellschaften und gegen die staatlich geleitete Wirtschaft mit Verteilungsmacht. Sie fordert Wiederherstellung der ungehinderten Individualwirtschaft und erwartet daher die Befreiung des deutschen Seeverkehrs und der Einfuhr von allen Fesseln, abgesehen von den Maßregeln der notwendigen Vergeltungspolitik.